

SPD



Frankfurt am Main

Die Linke
Mitte

Kreis
Freundes

Ausgabe 13

Mai 2011



SPD Frankfurt gegen Braunkohle- kraftwerk in Fechenheim

von Roger Podstatny



„Braunkohlenutzung jeglicher Art gehört in die energiepolitische Steinzeit. Braunkohle ist der klimaschädlichste fossile Brennstoff. Wir brauchen in Frankfurt kein Kraftwerk, das Tausende von Tonnen CO₂ im Jahr emittiert und Fechenheim mit anderen Schadstoffen wie Schwefeldioxid,

Stickoxide, Staub und Quecksilber belastet,“ so Roger Podstatny, Stadtverordneter und Sprecher des Arbeitskreises Ökologie. „Allerdings wird die Genehmigung durch die zögerliche Haltung der Umweltdezernentin kaum noch zu verhindern sein. Das Regierungspräsidium bewegt sich mit der Genehmigung nach dem vereinfachten Verfahren zwar im rechtlichen Rahmen, zeigt aber kein politisches Fingerspitzengefühl, da Anwohner und die Umweltverbände vom Verfahren ausgeschlossen werden.“

Das Kraftwerk wird von der Magdeburger Getec AG gebaut, die sich auf ihrer Homepage mit einer Vereinbarung mit SunCoal Industries schmückt. SunCoal Industries produziert CO₂-neutralen Kohlenstaub.

„Wenn das Kraftwerk in Fechenheim nicht verhindert werden kann, dann muss mindestens beim Brennstoff auf CO₂-Neutralität geachtet werden und es darf nur Kohle aus nachwachsenden Rohstoffen, wie SunCoal, verbrannt werden“, erklärt Podstatny.

Bei der Alessachemie in Frankfurt-Fechenheim planen Kraftwerksbetreiber Getec und das Regierungspräsidium Darmstadt jedoch unter Ausschluss der Öffentlichkeit ein Braunkohlestaubkraftwerk. Hier wurden alle Tricks des Genehmigungsrechts genutzt, um die Öffentlichkeit auszuschließen und sich nicht an dem kostenintensiven CO₂-Emissionshandel beteiligen zu müssen.

Inhalt

SPD Frankfurt gegen Braunkohle- kraftwerk in Fechenheim	Seite 1
Dringliche Anfrage der SPD- Fraktion im Römer	Seite 2
Konsequenz aus dem AKW-Unfall in Fukushima	Seite 2
Neuwahl des Vorstandes der SPD-Fraktion im Römer	Seite 3
Vertreibung der Straßenprostitu- tion in Richtung Wohngebiete stop- pen!	Seite 3
Personalschlüsse	Seite 4



Dem Luftreinhalteplan für den Ballungsraum Rhein-Main/Teilplan Frankfurt am Main ist zu entnehmen, dass beim Verbrennen von Braunkohle 1000- bis 2000-mal mehr Feinstaub (PM 10) entsteht als beim Verbrennen von Gas. An der Luftmessstation Frankfurt Ost wurden im Jahr 2010 insgesamt 7 Überschreitungen des Grenzwertes gemessen - in den ersten drei Monaten dieses Jahres waren es bereits 9 Überschreitungen. Das Kraftwerk wird diese Situation sicher nicht bessern. So haben die grüne Umweltdezernentin und der gesamte Magistrat einmal mehr gezeigt, dass Umwelt- und Gesundheitsschutz für Frankfurter Bürger und Bürgerinnen bei ihnen nur in Sonntagsreden hohe Priorität haben.

Dringliche Anfrage der SPD-Fraktion im Römer

Warum hat die Umweltdezernentin Dr. Rottmann die Pläne der Allessa zum Bau eines Braunkohlestaubkraftwerkes vor der Wahl verschwiegen?

Nach Presseberichten beabsichtigt die Allessa in Fechenheim den Bau eines Braunkohlestaub-Kraftwerkes. Nach Aussagen des Sprechers der Allessa, Dirk Rühl, war die Frankfurter Umweltdezernentin Dr. Rottmann bereits seit Januar über die Pläne informiert. Nach den Berichten sollen fünf Ämter der Stadt, darunter das Planungsamt und das Umweltamt, für Stellungnahmen beteiligt worden sein. Dies vorausgeschickt, fragen wir den Magistrat:

1. Zu welchem Zeitpunkt hat die Umweltdezernentin Dr. Rottmann von den Plänen der Allessa zum Bau eines Braunkohlekraftwerkes erfahren?
2. Welche städtischen Ämter wurden im Rahmen des vereinfachten Genehmigungsverfahrens beteiligt?

3. Zu welchem Zeitpunkt wurden die jeweiligen Ämter von den Planungen informiert?
4. Welche weiteren Dezernenten außer der Umweltdezernentin waren von den Planungen seit wann informiert?
5. Warum hat die Umweltdezernentin die Planungen der Allessa vor der Öffentlichkeit und dem Ortsbeirat bis zum Wahltag verschwiegen?
6. Betrachtet der Magistrat das Verhalten der Umweltdezernentin als beispielhaft für den Umgang des Magistrates mit der Öffentlichkeit?

Konsequenz aus dem AKW-Unfall in Fukushima

Den Atomausstieg forcieren und Biblis A und B stilllegen



von Klaus Oesterling

„Wir müssen den Ausstieg aus der Atomtechnologie forcieren und Biblis A und B so schnell wie möglich stilllegen“. Dies forderte der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Römer, Klaus Oesterling, als Konsequenz aus dem Atomunfall im japanischen Fukushima. „Auch für die Atomtechnologie gilt Murphys Gesetz: Was schiefgehen kann, geht auch schief. Angesichts der Risiken ist die Atomtechnologie dann aber nicht mehr verantwortbar“, so Oesterling. Die Bundesregierung müsse nun die Laufzeitenverlängerung bei den Atomkraftwerken rückgängig machen. „Die beiden Uralt-Reaktoren in Biblis müssen schnellstmöglich stillgelegt werden, so wie das auch ursprüng-

lich vorgesehen war“, so der SPD-Fraktionsvorsitzende. „Auch Frankfurt muss jetzt mehr für den Ausbau der Solarenergie tun. Zurzeit steht Frankfurt in der von der Stiftung Umwelthilfe veröffentlichten „Solarbundesliga“ unter den deutschen Großstädten nur auf Platz 31. Das ist absolut unbefriedigend“..

Neuwahl des Vorstandes der SPD-Fraktion im Römer

Bei der konstituierenden Sitzung der neu gewählten SPD-Stadtverordnetenfraktion am Mittwoch, 06.04.2011 wurde der Fraktionsvorstand neu gewählt. Zum Fraktionsvorsitzenden wurde einstimmig Klaus Oesterling erkoren, der der Fraktion auch schon in der letzten Wahlperiode vorstand. Ebenfalls wiedergewählt wurde der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Peter Feldmann. An Stelle von Anna Latsch, die nicht mehr für den Vorstand kandidiert hatte, wurde die langjährige Stadtverordnete Sylvia Weber neue stellvertretende Fraktionsvorsitzende.

Der geschäftsführende Vorstand der SPD-Fraktion im Römer wird ergänzt durch die Beisitzer Gregor Amann, Ursula Busch, Roger Podstatny, Holger Tschierschke, Dr. Renate Wolter-Brandecker und Turgut Yüksel. Mit dem ehemaligen Bundestagsabgeordneten Gregor Amann und den beiden Mitgliedern des Unterbezirksvorstands Roger Podstatny und Holger Tschierschke sind drei neue Abgeordnete im Vorstand der SPD-Fraktion, die der Stadtverordnetenversammlung bislang nicht angehört hatten.

Der Fraktionsvorsitzende Klaus Oesterling dankte der aus dem Vorstand ausgeschiedenen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Anna Latsch besonders für die gute Zusammenarbeit in der Fraktionsspitze in den letzten drei Jahren, in denen sie die Funktion als Fraktionsvize innehatte.

Vertreibung der Straßenprostitution in Richtung Wohngebiete stoppen!

von Anneliese Scheurich



„Sicherheitsdezernent Stein versucht im Bahnhofsviertel die Straßenprostitution zu vertreiben, und hat dann kein Personal mehr, um die Verlagerung in Wohngebiete zu verhindern“, kritisiert Anneliese Scheurich, die sicherheitspolitische Sprecherin der SPD-

Fraktion im Römer.

An der Theodor-Heuss-Allee entlang der Messe liege seit vielen Jahren eine Toleranzzone zur Ausübung der Straßenprostitution. „Mit den Aktionen der Ordnungskräfte im Bahnhofsviertel hat sich die Situation in der Kuhwaldsiedlung aber deutlich verschlechtert“, kritisierte die SPD-Politikerin. Die Sexarbeiterinnen versuchten ihre Kundenkontakte außerhalb der ausgewiesenen Toleranzzone (Busparkplatz) anzubahnen. Diese Orte müssten jedoch auch am Abend noch von Kindern aufgesucht werden. So würden an den Bushaltestellen oft die Bewohner mit Sexarbeiterinnen und Freiern zusammentreffen. Irritationen seien an der Tagesordnung.

„Offensichtlich wissen die Mitarbeiter des Ordnungsdezernenten nicht, welche Flächen zu der Toleranzzone gehören. Weitaus schlimmer ist jedoch die Antwort des Dezernenten auf kritische Nachfragen, dass die Kontrolle des Gebietes nur dann erfolge, sofern Personal dafür erübrigt werden könne.“

Der Versuch des Dezernenten, mit viel Presseöffentlichkeit große Aktionen im Zentrum der Stadt zu vermarkten, erscheine mit Blick auf die Stadtteile in einem anderen Licht. Wer ins Bahnhofsviertel gehe, erwarte sicher auch die Begegnung mit dem Sexgewerbe. „Die Bewohner der Stadtteile möchten aber, dass die Begrenzung der Toleranzzone erhalten bleibt und erwarten, dass keine Straßenprostitution in ihrem Wohngebiet stattfindet. Nur in Toleranzonen kann eine Betreuung der Sexarbeiterinnen oder die notwendige Infrastruktur gesichert werden“, so Scheurich.

Impressum:

Die Zeitung „Die Linke Mitte – Freundeskreis“ erscheint nach Bedarf. Abdruck - auch auszugsweise - nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers. Die redaktionellen Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Herausgeber, Verantwortlich für den Inhalt:
Freundeskreis, c/o. Roger Podstatny, Karl-Blum-Allee 14, 65929 Frankfurt

Redaktion: Roger Podstatny, Ursula Busch

Autoren: Mitglieder des Freundeskreises

Gedruckt durch Eigenvervielfältigung

Der Freundeskreis empfiehlt die Unterstützung folgender Kandidatinnen und Kandidaten beim Jahresparteitag der Frankfurter SPD am 13./14. Mai 2011:

Stadträtin und Stadtrat: Michael Paris, Lili Pölt	
Schatzmeister: Roger Podstatny	Bezirksbeirat: Ursula Busch, Roger Podstatny
Beisitzerinnen und Beisitzer: Ursula Busch, Hubert Schmitt	Präsidium: Gabi Faust, Roger Podstatny
Revisoren & Revisorinnen: Petra Rossbrey	Delegierte Bundesparteitag: Gregor Amann, Roger Podstatny
Antragsprüfungskommission: Hans Busch, Ursula Busch, Sussanne Kassold-Moulden, Klaus Oesterling, Roger Podstatny, Birgit Puttendorfer, Petra Rossbrey, Anneliese Scheurich, Hubert Schmitt	Delegierte Bezirks- und Landesparteitag: Hans Busch, Ursula Busch, Bernhard Ochs, Klaus Oesterling, Roger Podstatny, Anneliese Scheurich, Hubert Schmitt, Michael Wanka